

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredito: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonto:
Gebr. Anhalt, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangos mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Boll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 36 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbeilage 10 Pf.

Nr. 77

Dresden, Mittwoch den 1. April 1925

36. Jahrg.

Der zweite Wahlgang

Von Herm. Fleißner, M. d. R.

Dieser Artikel wurde vor der erneuten Aufstellung des Zentrumskandidaten Marx geschrieben, und wir glauben, daß alle Rufe nach einem sozialdemokratischen Sammelkandidaten nunmehr wirkungslos bleiben werden. Wir bringen die Betrachtung trotzdem, weil sie auch unsere Bedenken gegen das Vorgehen des Zentrums ausdrückt.

Red. d. Dresdner Volkszeitung.

Nachdem der erste Wahlgang ein so gutes Ergebnis für die Sozialdemokratie brachte, vor dem die Preise der Rechtsparteien ziemlich verengt steht, konzentriert sich das Hauptinteresse für das zweite Treffen ganz erklärlich auf unsere Partei. Was wird sie nun tun? Der Vorwärtssinn die Taktik der Partei bereits am ersten Tage nach der Wahl am vorigen Sonntag festzulegen. Uns erscheint dieses Beginnen etwas voreilig zu sein. Da es aber nun einmal geschehen ist, muß es auch der andern Auffassung gestattet sein, öffentlich dazu im geseitlichen Sinne Stellung zu nehmen. Der Vorwärtssinn meint, mit dem groben moralischen Erfolg der Sozialdemokratischen Partei im ersten Wahlgang könne es für den zweiten nicht sein Bewenden haben. Die Zählungsergebnisse, die er aus dieser Auffassung nicht, erachtet jedoch wenig logisch und zwingend. Räumlich die, daß unsere Partei nunmehr für einen republikanischen Sammelkandidaten bürgerlicher Richtung einzutreten habe, wenn sie keine Aussicht hat, im zweiten Wahlgang so viel Wähler der Mitte mit fortzuführen, daß sie den Marx selbst schlagen kann.

Zunächst die Frage: Wie soll denn das vor der Wahl umgestellt werden? Das ist doch nur moralisch durch das Kombination, durch willkürliche Annahmen und Berechnungen. Wenn man sich aber auf dieses Gebiet der Möglichkeiten begibt, dann kann mit viel größerem Rechte angenommen werden, daß die größte aller politischen Parteien, und die sicherste, zuverlässigste republikanische Partei, die von einem so starken moralischen Erfolg erzielte, die größte Zugkraft auf die Massen aller republikanischen Wähler haben muß. Das aber ist die Sozialdemokratie! Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis hat unsere Partei rund 2 237 000 Stimmen mehr auf sich vereinigt, als Zentrum und Demokraten zusammen erhielten! Wenn es aber richtig ist, was besonders diese beiden Mittelparteien mit größtem Nachdruck betonen, daß es bei der Präsidentenwahl in erster Linie um die Republik geht, und wenn sie selbst fernste, überaus republikanische sind, dann dürften sie keinen Augenblick zögern, den sozialdemokratischen Kandidaten als republikanischen Sammelkandidaten anzunehmen.

Es handelt sich dabei aber nicht nur um die Priorität der zahlenmäßigen Stärke, die für die Sozialdemokratie in Anspruch genommen werden muß. Auch politisch-taktische Erwägungen führen zu dieser Auffassung. In einem Dresdner bürgerlichen Blatte wird gesagt, die Sozialdemokratie ist so außerordentlich stark geworden (1), daß sie sich über die Wählermassen auf einen anderen (bürgerlichen) Kandidaten umdrehen kann. Das ist eine durchaus richtige realpolitische Einschätzung. Eine solche Umstellung ist — wenn sie überhaupt gelingt — bei kleineren Parteien immer viel leichter als bei einer so großen Massenpartei. Keineswegs wird eine solche Taktik wahrscheinlich keiner Partei gelingen. Die Gefahr, daß größere Teile der Wählerschaft der Sammelkandidatur nicht folgen, ist jedoch um so größer, je stärker eine Partei ist. Das wird doch kaum zu bestreiten sein! Wenn es aber so ist, und wenn es beiden viel kleineren bürgerlichen Parteien ernsthaft darum zu tun ist, durch die Wahl des Präsidenten die Republik vor Schaden zu bewahren, dann kann man von ihnen doch wohl die Sammlung unter sozialistischer Führung verlangen. Die Sammlung des Meisteils davon ist viel stärker als die, die wir hier empfehlen. Mehr als sonderbar aber ist es, wenn solche Absicht im Namen der Sozialdemokratie der Partei den Bürgerlichen auf dem Präsentierteller entgegengebracht wird. Summa die Zugkraft der bürgerlichen Wähler, der Demokraten, trotz angelegentlichsten Bemühungen sich nicht als sehr stark erwiesen hat. Denn ihre Stimmen im Reich — Dresden ist eine Ausnahme — weisen einen beträchtlichen Rückgang auf.

Bei einer republikanischen Sammelkandidatur mit bürgerlichen Kandidaten würde auch die Personenfrage in großen Schwierigkeiten führen. Daß die schwammige Haltung des Herrn Marx in den letzten Redermissionen im Reich und in Preußen ihm keine besonderen Sympathien in den breiten Massen der linksgerichteten Wähler eintrage, ist sicher. Mit dem Gefühl und illusionären Begriffen wie dem der "Volksgemeinschaft" kann man keine Politik machen. Ein Mann wie Marx, der doch von etwas anderem Geseit ist und auch an verantwortlicher Stelle den Namen gegen rechts nicht scheute, hat aber in der eigenen Partei keinen Kurs. Er ist dem Zentrum so radikal, zu entscheiden, zu konsequenz. Und die Qualitäten des Demokraten selbst liegen doch wohl mehr auf dem Gebiete des geistig-kulturellen Lebens. Ein guter Philosoph braucht noch lange kein zielbewußter Politiker zu sein.

Rein sachlich gesehen, wäre also auch in persönlicher Hinsicht die Verdon des Politikers Braun von jedem verstandenen Republikaner allen anderen in Betracht kommenden bürgerlichen Kandidaten vorzuziehen.

Marx wieder aufgestellt

Der Sos. PresseDienst schreibt:

Die Versuche, eine gemeinsame Front aller Republikaner herzustellen, werden von der Rechten mit Stimmern und Sorge betrachtet. Sie läßt alle Winen springen, um diese gemeinsame Kandidatur zu vereiteln, ohne daß die Wunsch Wirklichkeit werden dürfte. Das Zentrum hat inzwischen Marx auch für den zweiten Wahlgang nominiert und damit den Rechtsparteien einen dicken Strich durch die erstrebte Rechnung gemacht. Wir dürfen ausdrücklich bemerken, daß dieser Beschluß nicht im geringsten auf irgend einer stillen Vereinbarung der republikanischen Parteien beruht. Er ist vollständig selbständig und einstimmig von dem Parteivorstand des Zentrums gefaßt worden. Am Donnerstag wird der sozialdemokratische Parteivorstand Gelegenheit haben, sich gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Lage und ihre Maßnahmen gegen auf die am 26. April festgesetzten endgültigen Wahlen zu beschäftigen. Am Freitag tritt der Parteivorstand des Zentrums zusammen.

Es ist geradezu auffällig, daß der Parteivorstand des Zentrums Herrn Marx zu einer Zeit und nach einer kaum halb-jährigen Beratungsdauer wieder in den Vordergrund stellt, wo der Reichstagsbericht ist, seinen bisherigen Kandidaten, Dr. Jarres, fallen zu lassen und an seine Stelle einen Mann zu setzen, der nicht etwa Monarchist, sondern Republikaner ist und für die Demokraten wie das Zentrum erträglich sein könnte. Die Aufstellung des Reichstagsfraktion a. D. Marx für den zweiten Wahlgang ist unter diesen Umständen als eine klare Verneinung aller Verbindungen der Rechtsparteien zu betrachten und als ein Symptom dafür, daß im Zentrum sich eine ehrliche, republikanische Politik zur Führung von Marx durchzuführen scheint.

Die Sozialdemokratie muß diese Entwicklung im Zentrum nicht nur begrüßen, sondern nach Möglichkeit versuchen, sie durch ihre Tatkraft zu fördern. Nebenfalls haben wir allen Anlaß, sie keineswegs zu erschauern, aber gar zu durchkreuzen. Jahrelang haben wir uns bei unserer Politik von dem in der Masse des Volkes lebenden Willen zur Stärkung der Republik leiten lassen. Wir haben im Reich moralisch gegen den Reichstagsbericht angekämpft und sehen heute noch in Preußen in Gemeinschaft mit dem Zentrum in einem entschiedenen Kampf gegen die Rechtsparteien, deren einziger Wunsch ist, auf Jahre hinaus eine Politik zu treiben, die im Sinne der bester und den Schichten Deutschlands liegt. Die Republik zunächst mit sozialem Inhalt zu erfüllen und uns zu diesem Zweck möglichst starker Kräfte des Volkes zu bedienen, muß gerade auf Grund der letzten politischen Erfahrungen auch weiterhin das Ziel

der Partei sein. Wir sagen ausdrücklich, um nicht mißverstanden zu werden, daß es sich bei diesem Ziel nur um eine Etappe zur endgültigen Verwirklichung unserer Ideale handelt.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei, wie bisher so auch in Zukunft, an die Einreichung in die gemeinsame Front der Republikaner gewisse Vorbedingungen knüpfen muß. Das sind wir uns und der Republik schuldig. Welche Art diese Vorbedingungen sind und sie in ihren Grenzen zu bestimmen, ist schließlich Aufgabe der Parteimengen. Aber heute schon glauben wir, darauf verweisen zu müssen, daß die Stärkung der Republik nur möglich ist, wenn Preußen von Republikanern auf weitere vier Jahre hinaus regiert wird und an seiner Spitze ein Sozialdemokrat steht. Es war Otto Braun, der 3½ Jahre mit starker Hand sich der Führung aller preussischen Staatsgeschäfte in ausgezeichneter Weise entledigt und bewiesen hat, daß er ein äußerst starker Faktor für die Republik ist. Der Auswertung dieses Faktors bedürfen wir im Interesse einer republikanischen Politik weiterhin, und wir legen die Hoffnung, daß die Republikaner im Preussischen Landtag mit uns dieser Auffassung sind.

Inzwischen ist der Demokrat Böcker-Adloff in Preußen von den Parteien der Weimarer Koalition zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Wie seinen Vorgänger, wird es auch ihm nicht anders ergehen, als daß er in wenigen Tagen den ihm von der Mehrheit des Landtages erteilten Auftrag zur Bildung einer Regierung an den Präsidenten zurückgibt. Dann besteht die Möglichkeit, dem im Reich unbedingt erforderlichen Block der Republikaner ein ähnliches Gebilde in Preußen entgegenzusetzen, um am 26. April vereint zu marschieren und vereint zu schlagen, nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen. Männer von ehelicher Überzeugung und dem festen Willen, die Republik zu schützen, müssen für diesen Fall die Führung übernehmen.

Wir nehmen an, daß die vorstehenden Zeilen nach Zustimmung mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand geschrieben sind. Daraus geht hervor, daß unsere Parteileitung gewillt ist, sich mit der Kandidatur Marx abzufinden, wenn das Zentrum zu bestimmten republikanisch-demokratischen Garantien für die Politik im Reich und in Preußen übernimmt. Auch wenn dies gescheit, so müssen wir trotzdem erklären, daß uns Marx nicht als der Sammelkandidat erscheint, den es für die drei republikanischen Parteien zu unterstützen gilt. Marx hat zwar als Reichstagsfraktion seine republikanische

Bontontkatastrophe beim Reichswehrmanöver

Ein furchtbares Unglück hat sich gestern morgen bei einer Feldübungsübung der Reichswehr an der Oberweser südlich von Minden zwischen den Orten Westheim und Hausberge zugezogen.

Eine von Pionieren über die Weser eingerichtete Fähr aus fünf Pontons brach mitten im Strom zusammen. Die Soldaten, die in vollkommener Feldmarschmächtiger Ausrüstung auf der Fähr waren, stürzten ins Wasser. Die Zahl der Opfer wird nach den bisherigen Mitteilungen auf etwa 50 geschätzt.

Es handelte sich um eine größere Feldübungsübung, die für einen Tag unter Leitung des Oberleutnants von Cöcherhausen von der 2. Abteilung des Artillerieregiments 6 angelegt war. An der Feldübungsübung waren beteiligt: das Ausbildungsbatallion Infanterieregiment 18, Detmold, das Ausbildungsbatallion Infanterieregiment 16, Osnabrück, ein Teil der Jahrbatterie 6, Osnabrück, eine Abteilung der 1. Eskadron des Reiterregiments 15, Rehden bei Baderborn, das Pionierbatallion 6, Minden, des Artillerieregiments 2, Abteilung Minden, die Kraftfahrabteilung 5 und das 3. Bataillon Inf.-Reg. 18 in Salsburg und Hameln.

Die Fähr brach in dem Augenblick auseinander, als größere Truppenverbände sie in Feldmarschmächtiger Ausrüstung belegten hatten. Die auf dem auseinandergerissenen Teil befindlichen Truppen stürzten ins Wasser und gingen infolge ihrer schweren Ausrüstung sofort unter. Ein Teil davon wurde von den reichenden Kluten fortgerissen. Das Rettungswerk setzte augenblicklich ein.

Der Hergang des Unglücks

Die furchtbare Katastrophe ereignete sich in ihrer ganzen Schwere. Bei der Fähr handelt es sich um vier Pontons, die mit einem Dreiecksnetz versehen, zum Wasser in ein bestimmtes Verhältnis gebracht und mit Hilfe eines Gierseils, das weiter oberhalb des Stromes im Wasser an einem Anker befestigt ist, gehalten werden. Die Detmolder Pionier, die planmäßig um 8 Uhr an der Fähr sein sollte, traf mit Verspätung ein, so daß erst um 10 Uhr mit dem Ueberfahren begonnen werden konnte. Nach Angaben der Augenzeugen wurden, nachdem kleinere Abteilungen übergesetzt waren, circa 130 Mann auf die Fähr genommen. Als diese Fähr in der Mitte des Stromes war, begannen zwei hintereinander angelegte Pontons, zu sinken. Sie sanken weiter weg, während die zwei Pontons auf der andern Seite hielten. Unter dem letzten noch begrifflicherweise eine Ursache aus, was dazu führte, daß der Pionieroffizier, der auf der Fähr war, die Kommandogewalt über die Befahrung verlor und in dieser Situation sanken zwei Pontons gänzlich ab. Der Dreiecksnetz löste sich, und ein Teil der Befahrung fiel in die Kluten, während sich die anderen auf den übrigen Teil der Fähr retteten, die fahrlos auf dem Strom trieb, da man das Gierseil gelockert hatte. Sofort wurde mit Pontons, die in Reserve am Ufer lagen, zur Rettung der im Wasser Treibenden geschritten, und zur anderen Hälfte wurden die Leute

mit einem Rettungsboot angegangen, die mit dem Rest der Fähr Stromabwärts trieben. Hierbei kam es zu dem zweiten entscheidenden Unglück. Die Erregung, die alle ergriffen hatte, drängte die Leute zum Rettungsboot. Ein planmäßiges Untertaken war nicht möglich. Fähr wie auch Rettungsboot wurden einseitig belastet und kenterten hierdurch ebenfalls. Damit trieben 130 Mann den Weiserstrom hinab, der durch die voranschreitenden Regen- und schneebedeckten Tage mehr Wasser führte wie gewöhnlich. Ein höherer Mann mit seinen Angehörigen, das Militär und zahlreiche Einwohner von Westheim schritten sofort eifrig zur Rettung der in den Kluten treibenden Soldaten. Es mußte eine große und schwere Arbeit verrichtet werden, die den Erfolg hatte, daß einige 80 Leute dem Strom entzogen werden konnten. Sechs Leichen sind in den Nachmittagsstunden von der Weser bereits freigegeben und an den Ufern angepölkelt worden, während noch einige 40 vermißt werden, mit deren Tode zu rechnen ist.

Trauerumgebung

St. K. Der sächsische Ministerpräsident hat aus Anlaß des Unglücksfalles bei den Reichswehrübungen an der Weser an den Reichswehrminister folgendes Telegramm geschickt: „Aus tiefer Erschütterung durch die Nachricht von dem schweren Unglücksfall, der unsere Wehrmacht gelegentlich der Truppenübungen an der Weser bei Westheim betroffen hat, drängt es mich, Ihnen und den bedauernswerten Angehörigen der verunglückten Soldaten die herzlichste Anteilnahme der sächsischen Regierung auszusprechen. K. d. M. Ministerpräsident.“

Der bisherige preussische Ministerpräsident Dr. Marx hat telegraphisch dem Reichswehrminister seine Teilnahme an dem furchtbaren Schicksalsschlag ausgesprochen, der die Reichswehr betroffen hat, ebenso drückten der Stellvertreter des Reichspräsidenten sowie Reichstagsfraktion Dr. Luther dem Reichswehrministerium ihre Anteilnahme an dem furchtbaren Unglück aus.

Der sächsische Landtag hielt gestern nachmittags um 5½ Uhr eine kurze Trauer Sitzung anlässlich des furchtbaren Wasser- und Unglücksfalls bei Westheim.

Auch unsere Teilnahme gilt den schwerbetroffenen Angehörigen der bedauernswerten Opfer. Es ist nicht mehr als ein Blick des Reiches, den Hinterbliebenen der so früh um das Leben gekommenen Soldaten zu helfen und sie nicht nur mit schönen Dankesworten abzusprechen. Die Sozialdemokratie hält es für eine selbstverständliche Pflicht, in diesem Sinne zu wirken und insbesondere für die Frauen oder Kinder einzutreten, die durch den unerwarteten Tod ihres Ernährers das tägliche Brot verlieren können.

Explosion auf einem Torpedoboot

SPD. Wilhelmshaven, den 1. April. (Wg. Funkdruck.) Auf der hiesigen Marinewerft ereignete sich am Dienstag abend auf dem Torpedoboot G 8 ein schweres Unglück. Bei einer Probe eines Dampfboilers gab es eine Explosion, wodurch zwei Arbeiter und zwei Soldaten getötet und vier verletzt wurden. Die Verletzungen sind schwerer Art.